

### **Wirtschaftlichkeit des Gewerbegebiets: nur geringe Erträge zu erwarten**

Freie Wähler, CDU und FDP fordern die großflächige Erweiterung des Hirschberger Gewerbegebiets und damit den Verbrauch von 10 Hektar Boden. Unbestreitbar negative Auswirkungen auf Umwelt, Klima, Boden, Wasser und Verkehr werden ignoriert. Das nahezu einzige Argument, das man von den Befürwortern hört, sind die zusätzlichen Steuereinnahmen, die ihrer Meinung nach dadurch erzielt werden können. Seit Monaten wird damit geworben. Es wurde förmlich der Goldesel heraufbeschworen, mit dem sich die finanziellen Sorgen der Gemeinde für alle Zeiten in Luft auflösen könnten.

Doch nun ist die Katze endlich aus dem Sack: Die Verwaltung hat die von ihr in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgelegt, in der die Firma CIMA Beratung und Management GmbH konkrete Prognosen errechnet.

Diese Zahlen sind mehr als ernüchternd! In den kommenden 10 Jahren, also von 2021 bis 2030, würden durch die Erweiterung insgesamt(!) zwischen 1,1 und 1,3 Millionen Euro mehr eingenommen. Zum Vergleich: Mit diesen Einnahmen könnte das viel diskutierte Bürger- bzw. Kulturhaus erst in etwa 50 bis 60 Jahren gebaut werden. Selbst wenn man in der Folge den an Ende erreichbaren Maximalwert pro Jahr (rund 250.000 Euro) annimmt und Krisen bzw. Schwankungen vollkommen außer Acht lässt, würde es noch mehr als ein Vierteljahrhundert dauern.

Lassen wir die Kirche im Dorf! Die Kosten für die Vorhaben, die derzeit diskutiert werden, stehen in keinem Verhältnis zu den geringen Einnahmen, die durch eine Erweiterung des Gewerbegebiets erreicht werden könnten. Die Fertigstellung des evangelischen Kindergartens, die Sanierung des Spielplatzes am Landwehrhagener Platz, die Sanierung beider Hallen, eine weitere dritte Halle, die notwendige Sanierung der anderen Kindergärten und der teilweise maroden Infrastruktur (Straßen, Kanalisation, öffentliche Gebäude, etc.) sowie Themen wie Bürgerhaus, Neubaugebiet und Ortsrandstraße kosten jeweils Millionen. Die Lösung kann nur darin bestehen, dass die Fraktionen von FWV, CDU und FDP in Zukunft das Geld nicht mehr wie in der Vergangenheit unbedarft und mit vollen Händen ausgeben. Vorschläge zum verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern bei Investitionen und Sanierungen gab es von SPD und GLH in der Vergangenheit zur Genüge.

Neue Gewerbegebiete sind, das zeigt die Wirtschaftlichkeitsrechnung, eindeutig nicht die Lösung für Geldprobleme einer Gemeinde. Noch offensichtlicher wird das, wenn man die Gemeinwohlkosten, also eine Art ökologische Bilanz, gegen die Mehreinnahmen rechnet. Immer weiter um sich greifende Flächenversiegelung und der unnötige Verbrauch von Boden sowie stetig steigende Verkehrslast mit den bekannten katastrophalen Folgen für Klima, Mensch Umwelt, Tiere und Natur verursachen langfristig Schäden, die weit über die genannten Erträge hinausgehen.

Immerhin lässt sich aus den Zahlen ein klares Fazit ziehen: Steuereinnahmen fallen zukünftig als Argument für die Gewerbegebietserweiterung weg. Den Befürwortern gehen die Argumente aus!